

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post monatl.
8.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk.,
einjährig 84.00 Mk. Zustellungsgebühren
bestellen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich. Zeitungserzeichnis unter
Zeitung eingetragener. Für
Umwandlung eingegangene Manuskripte
wird keine Verantwortung übernommen.
Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Zeitschrift
gestaltet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigenleitung, Nr. 1133
u. 1133, der Zeitschrift, Nr. 1133

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restzeilen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich
6 1/2. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromo-
nade 1a. Dr. Braubachstr. 17.
Halle, Geschäftsstelle: Große
Mühlstraße 22 und Markt 24.
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 225 15.

Nr. 402.

Halle, Montag, den 29. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Heute Völkerbundsrat in Genf.

Abchluß der Wiesbadener Verhandlungen. — Folgen der Ermordung Erzbergers. — Noch keine Spur der Griesbacher Täter.

Folgen der Griesbacher Mordtat.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt am Sonntag anlässlich der Ermordung Erzbergers einen Aufruf an die Parteigenossen zu einer großen Demonstration gegen den politischen Mord und für die Republik zum Mittwoch, 31. August, nachmittags 5 Uhr. An diesem Tage soll bekanntlich die Beisetzung Erzbergers stattfinden. Der Aufruf geht zunächst den in Deutschland wütenden politischen Meuchelmord, dem die Führer der republikanischen Parteien erliegen, nach Garez, dessen Ermordung noch völlig ungeklärt ist, jetzt Erzberger. Der Aufruf macht für dieses politische Mordsystem die nationalsozialistische Partei verantwortlich, die zu solchen Schandtaten tausendfach aufgereizt haben, die aus ihrer Mordabsicht nie einen Hehl gemacht und ihre Freude über gegliederte Mordtaten nie verborgen haben. Diese Kreise betrieben den Meuchelmord am politischen Gegner als Grundlage ihrer Politik, um mit den Führern der republikanischen Parteien gleichzeitig die Republik als Ganzes zu treffen und damit für die Wiederherstellung der Monarchie und des alten Systems zu arbeiten. Die beiden Parteien begünstigten dieses Treiben durch ihre maßlose Sympathie gegen die Republik und ihre Verhöhnung und Schelten damit den geistigen Nährboden für politische Mordtaten. Der Aufruf brandmarkt ferner die pro-nationalistischen Regimentsoffiziere und „Stahlhelm“-Verammlungen der jüngsten Zeit, bei denen ein ausschließlicher Revandekrieg gepredigt werde. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein des Volkes und der Republik. Denn wenn es diesen nationalsozialistischen Kreise gelänge, die Republik zu zerstören, so würde das ganze deutsche Volk in den Abgrund. Deshalb müsse mit allen Kräften dem Faschistenregiment der Hakenkreuzler und Stahlhelmler ein Ende gemacht werden. Das öffentliche Gewissen müsse aufgerufen werden gegen diejenigen, die sich als „Blüte des Deutschtums“ anpreisen und in Wirklichkeit eine Bande feiger Meuchelmörder seien.

Mit einem ähnlichen Aufruf ist am Sonntag der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie gleichfalls vor die Öffentlichkeit getreten, um gemeinsam mit den Arbeiterparteiisten dieser Demonstration den größten Nachdruck zu verleihen. Auch die freien Gewerkschaften dürften sich diesem Bekenntnis zur Republik anschließen.

Reichstagspräsident Loebe begibt sich, wie wir hören, nach Frankfurt a. M., um mit dem Reichskanzler Dr. Wirth, der dort an der Katholikentagung teilnimmt, über mehrere wichtige, im Zusammenhang mit der Ermordung des Abgeordneten Erzberger stehende Fragen Rücksprache zu nehmen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Reichsregierung nach Fällungsnahme mit den Fraktionen der Regierungsparteien und den Gewerkschaften in den nächsten Tagen Verordnungen erlassen, die bestimmt sind, der zunehmenden nationalsozialistischen Propaganda entgegenzuwirken. Die endgültige Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen der Reichsregierung erfolgt nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Frankfurt.

Dass die Deutsche Volkspartei von den „rechtshöflichen“ Phantasien abdrift, beweisen Ausführungen, die der Führer dieser Partei, der Abgeordnete Stresemann, heute in der „Voll. Stg.“ veröffentlicht. Die Schaffung einer festen Regierungsgrundlage auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse, für die sich Stresemann einsetzt, bildet ohne Zweifel die stärkste Garantie für die Sicherung der Republik gegen alle Anschläge. Der „Vorwärts“ entgegnet sich dieser Erkenntnis nicht vollkommen. Er hält aber den Kreisen der Rechten, die die Anschuldungen des Abg. v. Campe teilen vor, daß sie niemals zwischen sich und dem Rechtssozialismus ebenso entschieden einen Trennungskrieg gezogen hätten, wie das die Sozialdemokratie gegen die Linkssozialisten getan habe. Ein Vorwort... zugleich aber auch wohl eine Aufforderung...

Neues zum Morde an Erzberger.

Bei der am Sonnabend nachmittags erfolgten Obduktion der Leiche des ermordeten Abgeordneten Erzberger wurden im Körper sechs Geschosse gefunden und zwar im Kopf, im Hals, in der Brust und im Unterleib. Zwei Geschosse haben den Körper ganz und gar durchschlagen.

Die Gerichtskommission war bis um 2 Uhr an der Morbtatle zugegen. Es wurde festgestellt, daß bei Erzberger sämtliche Wertgegenstände vorhanden waren. Auch ein Ring, den man bis dahin vermißt hatte, wurde aufgefunden; er lag an der Straßeneinführung. Die Ueberführung der Leiche nach Oppenau erfolgte am Nachmittag. Aus Stuttgart ist die Witwe Erzbergers benachrichtigt worden, sein Heimatland würde es sich zur Ehre anrechnen, Erzberger ein Ehrengrabmal in seiner Vaterstadt Biberach zu errichten. Aus diesem Grunde, und weil die Verwandten von Erzberger in Biberach wohnen, wird ermoget, die Leiche Erzbergers nicht nach Berlin, sondern nach Biberach zu überführen.

Als Täter kommen nach den bisherigen Ermittlungen in erster Linie zwei junge Leute in Betracht, die

während des Aufenthalts Erzbergers in Griesbach dort öfters gesehen worden sind. Die Angaben des Abgeordneten Diez stimmen überein mit verschiedenen Zeugnisaussagen und passen genau auf zwei junge Leute, die elegant gekleidet waren und in norddeutscher Mundart sprachen. Sie wurden seit der Tat nicht mehr gesehen, und man nimmt an, daß sie im Auto entkommen sind. Auf die Ermittlung der Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 20000 Mark ausgesetzt.

Die Verfolgung der Mörder ist nach einer bestimmten Richtung aufgenommen worden, doch ist sie sehr erschwert, da infolge des abgelegenen Lages zwischen dem Geschehen der Tat und dem Geschehen der ersten Kriminalbeamten ein Zeitraum von 6 bis 7 Stunden liegt. Die Tat muß etwa um 11 Uhr vormittags begangen worden sein. Die Mörder haben sich eine besonders einsame Gegend ausgesucht. Nur ein Straßenwärt hat einen Kilometer davon die Schülfe gehört. Ein Holzflucher ist möglicherweise von den Tätern nach dem Weg gefragt worden, die angeblich graue Anzüge anhaben. Das Oberkirch- und Offenburger Gericht war am Freitag an der Morbtatle. Erzbergers Gattin hat erst um 4 Uhr nachmittags von der Tat erfahren. Erzberger soll früher noch nie in Griesbach gewesen sein. Sein einziger Bekannter in der Gegend soll, so wurde erzählt, der Direktor des Kurhauses, Vater Sedler, gewesen sein; er hätte Anhänger wie Gegner ziemlich gleichmäßig in der Gegend gehabt. Möglicherweise ergeben Fingerspuren an einem umgestürzten Stein nähere Anhaltspunkte für den Täter. Wirth hat man, obwohl keine Anhaltspunkte von den Tätern. Man nimmt in der Bevölkerung an, daß diese in einem bereitstehenden Auto entkommen wären. Jedenfalls ist ein politischer Mord vorliegt, zumal kein Wortwechsel vorhergegangen sein soll.

Zu der für Sonntag vormittag anberaumten Einsegnung der Leiche Erzbergers in der Kirche zu Oppenau

hatten sich u. a. eingefunden: Der badische Staatsminister Trunk, Reichsstaatsminister Giesberts, die Mitglieder der badischen Regierung sowie fast alle Abgeordneten der Zentrumsfraktion des badischen Landtages. Die Bevölkerung des hinteren Reichstales war in großen Scharen herbeigekommen. Als Vertreter des Preußischen Erbprinzen wurde der Komptapitalr Weber anwesend. In feierlichem Zuge und unter großen Vorantritt wurde der Sarg zum Krankehsaus in die feierlich geschmückte Kirche übergeführt. Eine unübersehbare Menge von Kränzen bedeckte den Sarg und füllte die Räume der Kirche. Die Einsegnungszeremonie nahm Komptapitalr Weber vor, der dem Verstorbenen einen herlichen Nachruhm und ein Lebensbild des Verstorbenen entwarf. Nach der Kirchenfeier wurde der Sarg vor die Kirche getragen, dort hielten Staatspräsident Trunk, Reichsminister Giesberts, Geistlicher Rat Schöfer, der Führer der badischen Zentrumsparlei, sowie zahlreiche andere Trauerzüge warme Ansprache, die das Leben und Wirken des Dahingegangenen würdigten. Alsdann wurde die Leiche wieder im Oppenauer Krankehsaus aufgebahrt, von wo sie in die Heimat des Ermordeten, nach Biberach in Württemberg, übergeführt wird.

Weitere Beileidskundgebungen.

Der Präsident des preußischen Landtages Oberbürgermeister Finck hat an die Witwe des ermordeten Abgeordneten Erzberger folgendes Telegramm gerichtet:

„Mit tiefster Entrüstung erhielt ich Kenntnis davon, daß Ihnen Ihr Gatte durch die Hand feiger Meuchelmörder entzogen wurde. Ich vernehme nicht, Ihnen, hochverehrte Frau, und Ihrer wertvollen Familie mein innigste Beileid auszusprechen. Mit Ihrem Gatten ist ein vornehmer Mensch und ein für die Republik hochverdienter Abgeordneter und Minister dahingegangen. Mögen Sie und Ihre Familie in Ihrem tiefen Schmerz darin Trost finden, daß viele Kreise des deutschen Volkes trauernd an der Bahre Ihres Gatten stehen.“

Der Zusammentritt des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat wird heute vormittag 10 Uhr im Genfer Völkerbundpalast zu seiner außerordentlichen Tagung über die oberflächliche Frage zusammentreten. Einige Ratsmitglieder sind bereits eingetroffen, die anderen werden im Laufe des Morgens erwartet.

René Viviani, der an den Arbeiten des Abänderungs-ausschusses teilgenommen hat und am 1. September der Abrüstungs-konferenz vorliegen sollte, hat Probleme geteilt, ihn zu vertreten. Bei dem Fall wird Viviani am 5. September in Genf bei der Völkerbund-Versammlung anwesend sein.

Der Bericht, den Graf Tshi über die oberflächliche Frage ausgearbeitet hat, wird sich auf eine vollkommen unpolitische Darlegung der Geschichte Oberflächens und des Ent-

wicklung seiner Industrie und seiner Bevölkerung sowie des gegenwärtigen Streitfalles beschränken. Der Bericht wird, wie man vermutet, mit wörtlich „japanischer Objektivität“ abgefaßt sein und nur die Differenzpunkte vom Standpunkte jeder der beiden Parteien aus beleuchten. Was der Rat dann weiter beschließen wird, ist noch völlig ungewiß, da seine Mitglieder bisher miteinander noch keine direkte Fühlung genommen haben. Indessen soll der Präsident Graf Tshi die feste Absicht haben, die Sache einer möglichst raschen Entscheidung zuzuführen, wenn irgend angingig noch während der nächsten Wochen, solange der Völkerbund infolge der Verammlungen des Völkerbundes noch in Genf bestimmen ist. Sollte sich diese Absicht durchführen lassen, so wäre also mit einer Regelung der oberflächlichen Frage im Laufe des Septembers zu rechnen.

Von einer Seite, die gut unterrichtet zu sein pflegt, wird behauptet, daß nach wie vor von englischer Seite inständig auf die deutsche Regierung einzuwirken verucht wird, sie solle im Laufe dieser nächsten Tage dem Völkerbunde ihre Beitrittsgesuche unterbreiten. Frankreich soll zugestimmt haben, keinen Widerspruch zu erheben.

Das Abkommen Loucheur-Kathenau.

Der Pariser Temps brachte vorgestern einen ausführlichen Bericht über den Abkommensentwurf, der bei den Wiesbadener Beratungen besprochen wird, und der seit der letzten Zusammenkunft zwischen Kathenau und Loucheur im Juni von den Sachverständigen Deutschlands und Frankreichs ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf besteht aus zwei Teilen:

- 1. einer Reihe von Vertragsentwürfen, 2. einer Reihe von Entwürfen von Fortsätzen. Die Vertragsentwürfe lauten:

Die Modalitäten der Reparation in natura für jede große Kategorie fest. Materiallieferungen, Rohstofflieferungen, die anzuwendenden Preise, die Kompensationen der französischen Rücklieferungsleistungen und die deutschen Viehlieferungen. Der letzte Teil regelt die Einfuhr französischer Erzeugnisse nach Deutschland und die Rentinentierung dieser Erzeugnisse.

Der zweite Teil über die Schaffung von Fortsätzen

umfaßt drei Teile: Industriematerial, volles Eisenabfallmaterial und Viehlieferungen. Für Lieferungen in natura wird eine deutsche Privatgesellschaft gegründet, die sich verpflichtet vom 1. Oktober 1921 an alle von den Bewohnern vertriebener Gebiete verlangten Lieferungen durchzuführen, soweit diese mit den Möglichkeiten deutscher Produktion vereinbar sind. Diese Lieferungen dürfen für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1925 sieben Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Für Bezahlung der Lieferungen bietet Deutschland Frankreich Kredite an, und Frankreich zahlt jährlich nur eine Milliarde Goldmark zurück, ganz gleich, wie groß die deutschen Lieferungen sind. Zur Regelung der Streitigkeiten, zur Festlegung der Preise usw. wird eine besondere Kommission eingesetzt, die aus einem französischen und einem deutschen Delegierten, die von den betreffenden Regierungen auf Vorschlag der Bewohner der verammlenden Gebiete und deutscher Privatgesellschaften ernannt werden, und einem dritten Delegierten besteht, über den sich beide Regierungen gemeinschaftlich einigen. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so würde dieser Delegierte durch die Reparationskommission ernannt werden. Die Kosten dieser Kommission beghält die deutsche Gesellschaft. Sie werden aber zur Hälfte den französischen Verbänden zur Last zu gehen.

Der Preis des in Betracht kommenden Industriematerials

wird von der Kommission bestimmt, die zuerst den Gegenwart des französischen Vorkriegspreises in Goldmark feststellt. Am Ende von je drei Monaten wird dann ein Faktor festgesetzt, der nach der Art und der Qualität der Erzeugnisse berechnet wird. Die Preise für Spezialmaterial — Maschinen der industriellen Einrichtungen — werden von beiden Parteien direkt vereinbart.

Rohstofflieferungen:

Es werden Spezialdispositionen betreffend die über nicht deutsche Waren durchzuführen Rohstofflieferungen getroffen. Die Preise sind die, die die deutschen Engrosverbraucher bezahlen. Deutschland kann jedes Quantum Rohstoffe ausführen unter der Bedingung, daß es den speziellen Lieferungen des Annex 5, wie es die Reparationskommission festgelegt hat, nachkommt. Es kann auch alle in dem Pro-

